

IWH-Tarif-Check: Keine realen Netto-Tariflohnzuwächse für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst

Halle (Saale), den 8. April 2025

ohne Sperrfrist

Steigende Sozialabgaben und Inflation fressen Gehaltsplus der Beschäftigten bei Bund und Kommunen auf

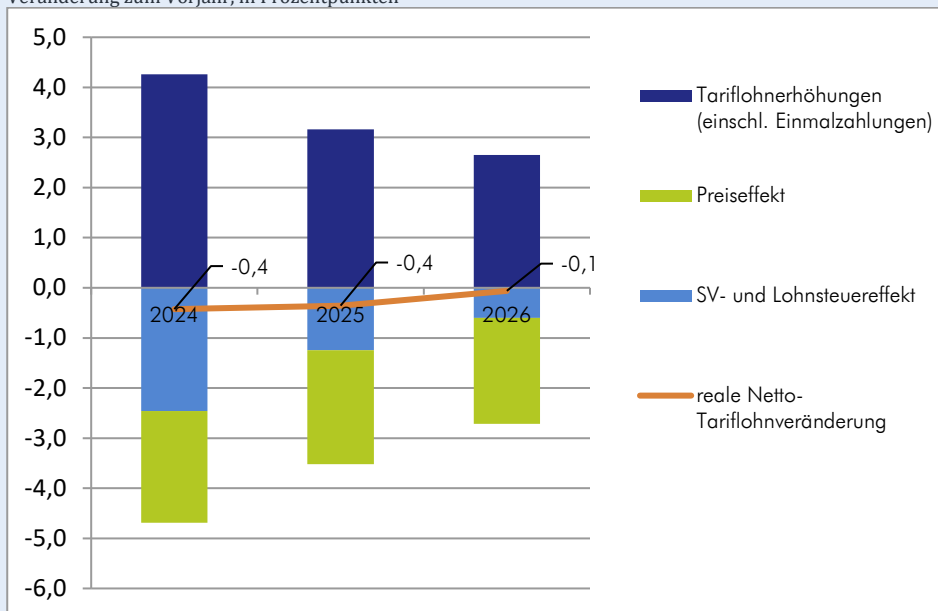
Die Tarifvertragsparteien des Öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen haben sich am vergangenen Wochenende auf einen neuen Tariflohnabschluss mit einer Laufzeit von 27 Monaten geeinigt: Demnach steigen im April 2025 die Löhne um 3,0%, jedoch mindestens um 110 Euro je Monat. Im Mai 2026 gibt es dann nochmals eine Tariflohnerhöhung um 2,8% sowie eine Erhöhung der Jahressonderzahlung und ab 2027 einen zusätzlichen Urlaubstag.

Pressekontakt
Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
ohr@iwh-halle.de

Abbildung

Reale Netto-Tariflohnentwicklung im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen
Veränderung zum Vorjahr, in Prozentpunkten



Anmerkung: Die Berechnungen beziehen sich auf einen Beschäftigten im mittleren Dienst (EG8 Stufe 2). Die Werte für die Preiseffekte in den Jahren 2025 und 2026 basieren auf der IWH-Prognose vom März 2025.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen erhalten ab April 2025 eine reguläre Tariflohnerhöhung in Höhe von 3,0%. Diese wird in den unteren Entgeltgruppen auf mindestens 110 Euro angehoben, die dadurch prozentual stärker

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

profitieren. Im Mai 2026 steigt der Tariflohn dann nochmals für alle um 2,8%, und die Jahressonderzahlung wird in Abhängigkeit von der Entgeltgruppe erhöht. Weitere Erhöhungen gibt es für Schicht- und Wechselschichtarbeit. Auch können Teile der Jahressonderzahlung als Freizeit genommen werden bzw. kann auf Wunsch der Arbeitnehmer die Arbeitszeit auf 42 Stunden je Woche erhöht werden. Zudem gibt es einen zusätzlichen Urlaubstag ab 2027. Der Tarifvertrag endet nach 27 Monaten. Für einen Beschäftigten im mittleren Dienst¹ erhöht sich damit das Bruttogehalt im Jahr 2025 gegenüber dem Vorjahr insgesamt sogar um 3,2%. Das ist vor allem auf tarifvertragliche Sonderanpassungen infolge des Auslaufens der Inflationsausgleichsprämie zurückzuführen. Im Jahr 2026 liegt dann der Anstieg des Bruttolohns bei 3,1% (vgl. Abbildung).

Zu Beginn des Jahres 2025 gab es einen deutlichen Anstieg der Sozialabgaben. So wurden flächendeckend die Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung kräftig erhöht, und auch der Beitragssatz zur Pflegeversicherung stieg um 0,2 Prozentpunkte auf 3,6%. Zwar gibt es im Jahr 2025 wie üblich die Erhöhung der Eckwerte des Einkommensteuertarifs, die die nominalen Lohneinkommen entlasten, jedoch steigen die Sozialversicherungsbeiträge stärker. Insgesamt ist damit der Anstieg der Nettolöhne gegenüber den Bruttolöhnen deutlich verringert. Bei dem oben genannten Beispiel des mittleren Dienstes liegt der Nettolohnanstieg in diesem Jahr mit 1,9% deutlich unter dem Bruttolohnanstieg von 3,2%. Auch im folgenden Jahr dürften die Sozialabgaben weiter kräftig steigen, sodass wiederum die Nettolohnsteigerung hinter der Bruttolohn-erhöhung zurückbleibt.

Die Inflation, die sich im Jahr 2024 wieder weitestgehend normalisiert hatte, dürfte im Jahr 2025 bei 2,3% liegen und im kommenden Jahr nur unwesentlich geringer sein. Damit steigen die Bruttolöhne im Öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen zwar deutlich stärker als die Verbraucherpreise im gleichen Zeitraum. Rechnet man jedoch die Belastungen durch die gestiegenen Sozialabgaben hinzu, bleibt davon nichts übrig. Werden am Beispiel des kommunalen Beschäftigten im mittleren Dienst alle Teilkomponenten berücksichtigt, so verringert sich per saldo sogar der reale Netto-Tarifverdienst im Jahr 2025 um 0,4% und darauffolgend um 0,1%, nachdem es bereits im Jahr 2024 zu einem leichten Rückgang gekommen war.

Alle bisherigen Ausgaben des IWH-Tarif-Checks sind auch auf der [IWH-Website](#) nachzulesen.

Wissenschaftliche Ansprechpartner

Oliver Holtemöller

Tel +49 345 7753 800

oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Birgit Schultz

Tel +49 345 7753 818

birgit.schultz@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker

Tel +49 345 7753 720

presse@iwh-halle.de

¹ Sachbearbeiter EG 8 Stufe 2

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Tel +49 345 7753 60
www.iwh-halle.de



Das IWH auf [Bluesky](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.